

Arbeitsgruppen des Bildungskonvents waren erstmals tätig

Am 8.10.2007 tagten die Arbeitsgruppen „Schulentwicklungsplanung“ und „Bildungsgerechtigkeit“.

Nach zeitraubender Diskussion zu Verfahrensweisen in den Arbeitsgruppen wurden anschließend - endlich konstruktiv - Schwerpunkte für die Arbeit festgelegt.

Die Arbeitsgruppe „Schulentwicklungsplanung“ wird sich beispielsweise demnächst mit den in anderen Ländern üblichen Modellen vertraut machen und mit Vertretern des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt und des Thüringer Kultusministeriums sprechen, um sich über die in unserem Land und exemplarisch in Thüringen gängige Planungspraxis zu informieren. Schwerpunkte werden außerdem u. a. die Schülerbeförderung, das Verhältnis staatliche Schulen und freie Schulen sowie die Entwicklung einer kommunalen bzw. regionalen Schulaufsicht sein. Inhaltliche Aspekte sollen dabei bestimmend sein, zum Beispiel die Fragen: Welche Anforderungen muss eine gute Schule erfüllen? Wie klein darf eine Schule sein, um solche Anforderungen erfüllen zu können? Wie kann eine Vernetzung zwischen Berufsschule und Sekundarschule die Berufsorientierung junger Menschen voranbringen?

Die Arbeitsgruppe sieht sich unter Zeitdruck, weil - wie bekannt - bis Ende 2007 auch das Kultusministerium Grundsätze der Schulentwicklungsplanung veröffentlichen will. Die bisher gültige Verordnung zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung läuft 2008/09 aus und muss von einer neuen Verordnung abgelöst werden. Natürlich ist es nicht die Aufgabe des Bildungskonvents, der Landesregierung Vorschläge zu unterbreiten oder gar Vorschriften zu machen, aber der Auftrag, dem Landtag Empfehlungen für die künftige schulische Gestaltung in Sachsen-Anhalt zu geben, wird von (fast) allen Mitgliedern des Bildungskonvents - natürlich auch von uns - sehr ernst genommen.

Im Bereich der Schulentwicklungsplanung hat sich der Konvent auf unseren Vorschlag hin mehrheitlich entschlossen zu prüfen, ob sich ein neues Modell, zum Beispiel das der schülerzahlbezogenen Lehrerstundenzuweisung (wie in Thüringen praktiziert), als für Sachsen-Anhalt geeignet erweist. In Zusammenarbeit mit der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag haben wir uns über die Erfahrungen dort informiert und wissen, dass sich das Modell in Thüringen weitgehend bewährt hat, was kritische Positionen dazu unserer Kolleginnen und Kollegen im Landtag unseres Nachbarlandes nicht ausschließt.